

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 10/54. Jahrgang

Oktober 2023

Schutzgebühr: 0,40 €

Neuwahlen in Gießen jetzt!

Die Koalition im Gießener Rathaus ist am Ende! Nach dem Umgang mit und Angriffen auf Martina Lennartz (DKP), der Verhinderung von Helmut Appel (DKP) in den Magistrat startete die aus Grünen, SPD und Gießener Linke bestehende Koalition denkbar schlecht. Als Leuchtturmprojekt wurde der Verkehrsversuch ausserkoren, der aktuell

krachend gescheitert ist. Als Höhepunkt folgen jetzt staatsanwaltliche Ermittlung gegen den grünen Bürgermeister Alexander Wright wegen des Anfangsverdachts der Untreue.

Anscheinend gibt es innerhalb des Magistrats und innerhalb der Ordnungsbehörde eindeutig fehlen-



de juristische Kompetenz. Das zeigt auch die gerichtliche Schlappe anlässlich des Eritrea-Festivals. Rücktrittsorderungen aus den Reihen der Opposition wurden von Wright zurückgewiesen. Das Drama Jugendamt spricht ebenfalls Bände: Gerda Weigel-Greilich (Grüne), seit

Jahren verantwortliche Hauptamtliche, ist nicht in der Lage, die auch von Mitarbeiter/innen öffentlich gemachten Probleme anzugehen. Dazu passt, dass die Kritik des Revisionsamtes an dem Abrechnungschaos im Jugendamt den Stadtverordneten vorenthalten und mit der Mehrheit der Koalition abgebügelt wird.

Der Zustand dieser Koalition spricht Bände. Die Grünen sagen, wo es lang geht, SPD und Linke machen stillschweigend mit; öffentliche Stellungnahmen gibt es so gut wie keine. Bei der Partei Die Linke

Fortsetzung auf S. 2

DKP zur Landtagswahl S. 2

Kall, mei Drobbe!

FC Gießen,
Risiko Asterweg,
beschleunigte
Bauverfahren, S. 3
Anlagenring ohne
Radwege? S. 4

Aktionen in Gießen S. 5

Aus 50 Jahren
Gießener Echo, Termine S. 8

Warum die AfD keine Alternative ist

Warum wählen so viele AfD?

Fast ein Viertel der Deutschen ist von Armut bedroht, Gesundheits-, Bildungs- und Pflegesystem stehen vor dem Kollaps, Arbeiterinnen und Arbeiter müssen jeden Euro umdrehen. Sie sind daher zu Recht von der herrschenden Politik und den großen Parteien enttäuscht. Aus diesem Frust und berechtigter Zukunftsangst heraus sind inzwischen

über 20% der Bürger in das Lager der AfD übergelaufen.

Ist die AfD wirklich eine Alternative?

Auch wenn die AfD es versteht, den "kleinen Mann" anzusprechen, bleibt sie eine arbeiterfeindliche Partei. Sie betreibt eine mindestens genauso ungerechte Arbeits-

Fortsetzung auf S. 2

Für Frieden und Sozialismus!

DKP

Fortsetzung von Seite 1:
Neuwahlen in Gießen jetzt!

zeigen sich aber erste Lebenszeichen: Der Kreisvorstand hat sich klar gegen die Dezernentin Weigel-Greilich in Stellung gebracht. Auch

in diesem Fall schweigt die Fraktion der Linken. Dazu kommen Berichte in den Medien, dass der neu gekürte hauptamtliche Stadtrat Francesco Arman aus der Linken austreten will. Diesen Schritt haben mittlerweile bereits die Fraktionsmitglieder

Conny Mim und Stefan Häbich vollzogen.

Fazit: Die Koalition im Gießener Rathaus ist am Ende; weiter wurschteln hilft nicht. Am besten sind Neuwahlen!

Helmut Appel

Fortsetzung von Seite 1:
Warum die AfD keine Alternative ist

und Sozialpolitik wie die regierenden Parteien. Beispielsweise beim Thema Rente, beim Pflegenotstand, dem maroden Gesundheitssystem oder der dringend notwendigen Sanierung des Bildungssystems fährt sie einen ähnlich enttäuschenden Kurs wie die Regierung und bietet keinen Ausweg aus der katastrophalen Situation. Mit ihrem Lieblingsthema, der Migration, lenkt sie geschickt ab von den Schuldigen, den Kapitalisten, die an den Krisen verdienen, und schiebt die Schuld am Elend der Arbeiter auf Menschen, denen es ähnlich schlecht geht. Die AfD betreibt also eine Politik für die Banken und Konzerne

und gegen die riesige Mehrheit der Lohnabhängigen in Deutschland.

Wie gegen die AfD aktiv werden?

Die AfD bekommt seit ihrem Einzug in den Bundestag Gegenwind von unterschiedlichen Seiten. Wie „erfolgreich“ das ist, zeigen ihre Umfragewerte. Ein Problem der antifaschistischen Bewegung ist, dass vor allem die regierenden Parteien gegen die AfD austeilen, ausgerechnet diejenigen also, die den politischen Kurs zugunsten der AfD gesteuert haben. Ein weiteres Problem ist die Verhärtung der Fronten. Vielen geht es augenscheinlich nicht mehr darum, den Kontakt zu Wählern der AfD zu suchen, geschweige denn sie davon zu überzeugen, dass die AfD nicht für ihre Interessen einsteht, vielmehr herrscht das Bild des "dummen Wählers der AfD"

vor, welches die Abschottung dieser zusätzlich begünstigt. Wir als SDAJ wollen aufzeigen, dass konsequenter Antifaschismus immer auch Antikapitalismus sein muss und dass der Feind nicht im Schlauchboot kommt, sondern im Luxusschlitten.

Du möchtest dich engagieren?

★ Wir von der SDAJ veranstalten regelmäßig Bildungsabende, Lesekreise, Diskussionsrunden und vieles mehr. Wenn du zwischen 14 und 30 Jahren alt bist und Interesse hast, dich gegen Ausbeutung, Krieg, Faschismus und Sexismus zur Wehr zu setzen, melde dich bei uns!

 <https://www.hessen.sdaj.org/>

DKP zur Landtagswahl

Die Wahlen in der bürgerlichen repräsentativen Demokratie bieten keine Wahl zwischen alternativen Gesellschaftssystemen. Ansonsten wären sie verboten.

Aber sie sorgen dafür, dass die Menschen politisch aufmerksamer sind. Das bietet die Möglichkeit, den Menschen die Positionen der Kommunisten darzustellen.

Starke parlamentarische Positionen der DKP vergrößern wesentlich den politischen Einfluss des arbeitenden Volkes. Sie erleichtern den Kampf um eine Politik und Gesetzgebung, die sich mehr an den sozialen und demokratischen Belangen der arbeitenden Menschen orientiert.

In Hessen fehlten Ende des vergangenen Jahres 63.000 Wohnungen. Besonders groß war der Mangel im Rhein-Main-Gebiet und in der Stadt Kassel. Dort trug er zu hohen Preisen bei. Um den Bedarf der wachsenden Bevölkerung zu decken, müssten jährlich 30.000 Einheiten neu gebaut werden, was



rund 50% mehr wären als aktuell. Wir fordern deshalb einen sofortigen Mietenstopp in Hessen. Das Land Hessen muss ein Programm für öffentlichen Wohnungsbau auflegen. **Keine Profite beim Thema Wohnen!**

Wir kämpfen für einen **Energiepreisstopp**, denn Energie muss bezahlbar sein. Dafür müssen **RWE &**

Co. enteignet werden. **Gas- und Stromsperren müssen verboten werden.** Die Kosten der notwendigen baulichen Maßnahmen zum Schutz unseres Klimas dürfen nicht auf die Mieten umgelegt werden. **Der Verkauf öffentlichen Wohneigentums an gewinnorientierte Wohnbaugesellschaften ist zu verbieten oder rückgängig zu machen.**

Nach der Fusion der Universitätskliniken Marburg und Gießen 2005 wurden alsbald 95% der Geschäftsanteile für 112 Mio. Euro an den Rhön-Klinikkonzern verkauft. **Alle Gesundheitseinrichtungen müssen zurück in staatliche Hand. Geld in das Gesundheitssystem statt in die Rüstung! Mehr Ausbildungs- und Studienplätze für alle Gesundheitsberufe schaffen! Gesundheitsversorgung muss bedarfsorientiert stattfinden! Fallpauschalen abschaffen! Weg mit dem Zwei-Klassen-System, eine Krankenkasse für alle!**

Henning Mächerle

Kurz und Gießen

Kall,
mei Drobbe!



Fußball fest im Griff des Geldes

Fußball sei die schönste Nebensache der Welt, heißt es.

Welche destruktiven Auswirkungen der Kapitalismus selbst auf den geliebten Sport hat, zeigt sich am FC Gießen. Seit Jahren dümpelt der vom Verein ausgelagerte Zusammenschluss (2018) von VfB Gießen und Teutonia Watzenborn am Rande der Existenzvernichtung. Trotz dreijährigem „Notvorstand“ bestehen Verbindlichkeiten von knapp 600.000 Euro. Bevorstehende Pfändungen, die in letzter Spielsekunde abgewendet werden konnten, lenken vom Sport ab, den die Spieler jede Woche engagiert auf dem Platz abliefern. Das hat auch mit dem aufgeblasenen Ziel zu tun, in der Regionalliga mit den großen Jungs spielen zu wollen – aber besonders mit der Abhängigkeit von Sponsoren.

Bereits beim VfB Gießen gehörte Zahlungsunfähigkeit zum Programm der Fußballabteilung. Man erinnere sich an die mindes-

tens 16.000 DM Trainergehalt für den ehemaligen Bundesligatrainer Horst Heese. „Mit dubiosen Investoren im Rücken unter anderem mit Verpflichtungen wie Uwe Bein und Harald Preuß“ (https://de.wikipedia.org/wiki/Horst_Heese) wollte der VfB in den Profifußball aufsteigen. Die Fußballer mussten oftmals um ihr Gehalt bangen und kämpfen. Der Ruin ging bis zur Aufgabe des Spielbetriebs Anfang 2000. Die Laufabteilung wurde vorher schon aufgelöst, weil die Fußballabteilung das Konto plündern wollte. Auch 2023 wurden Fußballer und Zuschauer um den sportlichen Erfolg gebracht. Der Verein verzichtete aus wirtschaftlichen Gründen auf den sportlich erreichbaren Aufstieg in die Regionalliga.

Wer sich das öde Gelände vor dem Gießener Waldstadion anschaut, bekommt eine Ahnung, welchen niedrigen Stellenwert Sport in der Gießener Magistratspolitik spielt.

Schutz der Radfahrenden?

Einer der meist benutzten Fahrradwege ist der Asterweg in Richtung Walltorstraße. Leider ist von den vor Jahren angebrachten Markierungen so gut wie nichts mehr zu sehen. Wann werden sie erneuert? Nach dem Scheitern des Verkehrsversuchs ist bestimmt noch Farbe übrig!

Also, Herr Bürgermeister: Farbe bekennen!



Baukonzerne: Profite im beschleunigten Verfahren gesetzwidrig – Was nun, Magistrat?

Wie reagiert eine Bundesregierung, wenn Baukonzerne öffentlich

die schleppenden Baugenehmigungen der Behörden beklagen: Sie nickt devot. So fertigte die Bundesregierung 2006 ein Gesetz: „Beschleunigtes Bauverfahren“. Dieses Gesetz hatte einen Verzicht auf frühzeitige Bürgerbeteiligung, auf eine Offenlegung der Pläne und den Wegfall der Umweltprüfung zur Folge. Dafür aber beschleunigte Profite für die Baukonzerne.

Begierig wurde das Gesetz auch in Gießen von CDU-Rausch bis Grüne-Weigel-Greilich, von Baudezernenten und Abgeordneten der bürgerlichen Parteien ausgiebig ausgenutzt. 2016 war die Rede von 55% aller Verfahren, die im Schnellverfahren durchgewunken wurden.

Die „Gießener Allgemeine Zeitung“ fragte schon 2016: „Wird in

Gießen zu schnell geplant?“ Anlass für diese Frage war ein Appell des Stadtverordneten Janitzki (Die Linke) an den Magistrat, bei umstrittenen Projekten auf das beschleunigte Verfahren zu verzichten. Ihm blieb nur der wirkungslose Appell, im Juli 2023 hat ihn das Bundesverwaltungsgericht bestätigt.

„§13b BauGB darf [...] nicht angewendet werden.“ Es hätte eine Umweltprüfung durchgeführt und ein Umweltbericht erstellt werden müssen, wie es im EU-Recht vorgesehen ist.

Eine Gemeinde in Baden-Württemberg hat schon ihre Bauplanungen gestoppt. In Londorf wurde ein privates Bauprojekt jetzt gestoppt. Bis jetzt hat man vom Magistrat in Gießen nichts gehört.

M. Berger



Anlagenring ohne Radwege – NEIN DANKE

Der umstrittene Verkehrsversuch am Anlagenring begann mit einem Bürgerbegehren und einem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung. Damit wurde dem Magistrat der Auftrag erteilt, die inneren Fahrspuren des Rings in Fahrradstraßen umzuwandeln.

Aus Presseberichten zum Beginn der Planungen geht hervor, dass dieses Vorhaben als Verkehrsversuch gestartet wurde, weil dafür keine Genehmigung des Regierungspräsidiums notwendig war. Aufgrund des Widerstands einflussreicher Einwohner hätte der Magistrat aber damit rechnen müssen, dass Bürger vor Gericht gegen das Vorhaben klagen. Anscheinend haben sich die verantwortlichen Politiker, vor allem Bürgermeister Wright (Die Grünen), nicht über die rechtlichen Voraussetzungen für so einen Versuch informiert. Zulässig ist eine solche Maßnahme nur, wenn damit die Verkehrssicherheit ver-

bessert wird. Tatsächlich ging es aber um eine Umverteilung des Verkehrsraums zugunsten des Radverkehrs. So etwas ist im deutschen Verkehrsrecht nicht vorgesehen. Die Straßenverkehrsordnung soll vor allem die freie Fahrt für Kraftfahrzeuge gewährleisten, der Verkehr zu Fuß oder per Fahrrad soll diese Freiheit möglichst wenig beeinträchtigen. Die wenigen Regeln zugunsten der unmotorisierten Verkehrsteilnehmer (z. B. Abstandsregeln und Halteverbot auf

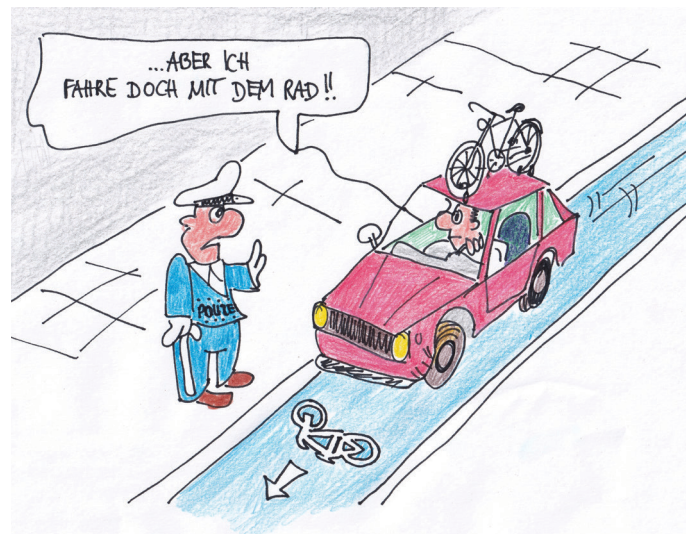
Fuß- und Radwegen) werden kaum eingehalten und Verstöße dagegen werden fast nie geahndet. In radfreundlichen Städten wie Münster, Freiburg und Oldenburg wurden Maßnahmen zugunsten des Rad- und Fußverkehrs nach und nach erkämpft, immer gegen den Widerstand der Autolobby.

Der von der Stadt geplante totale Rückbau der Umgestaltung kann nicht akzeptiert werden. Innerhalb weniger Tage haben über 3.000 Gießenerinnen und Gießener eine

Petition gegen den Rückbau unterschrieben, ein Protestcamp verhindert einen Teil des Rückbaus, hunderte Radfahrerinnen und Radfahrer zeigen mit regelmäßigen Fahrraddemos ihren Unmut. Gießen ist auf dem besten Weg, den Ruf als fahrradfeindlichste Stadt Deutschlands zu bekommen.

Einen Anlagenring ohne Platz für Fahrräder auf beiden Seiten darf es nie mehr geben!

Gernot Linhart



Das Eritrea-Festival in Gießen – Spiegel geopolitischer Interessen

Das Eritrea-Festival in Gießen musste zunächst vom Veranstalter gerichtlich durchgesetzt werden, nachdem die Stadt ein Verbot ausgesprochen hatte. Am 08.07. wurde es angegriffen.

Nach den Ausschreitungen wurde das alte Spiel gespielt: Die Opfer sind die Täter. Schuld seien nicht die Angreifer, sondern die Veranstalter des Festivals.

Die Erklärung der Medien, es handele sich nur um Konflikte zwischen Eritreern, wackelte, als weltweite Angriffe auf Eritrea-Festivals folgten. Eine zentrale Steuerung erschien wahrscheinlich.

Der Geschäftsführer der Hessenhallen GmbH bestätigt dies: „Wir erhielten die Information, dass im Internet erhebliche Gewalt gegen das Eritrea-Festival angekündigt wäre [...] Wer dafür verantwortlich war,

wussten wir nicht, doch es scheint kein rein innereritreischer Konflikt zu sein.“ Weiter beleuchtete er die Rolle des grünen Stadtverordneten Grothe. Er „[...] war seit Jahren maßgeblich beteiligt an den Gegendemonstrationen. Ich vermute, dass ohne seine Initiative diese Demonstrationen überhaupt nicht stattgefunden hätten.“

An den aktuellen Ausschreitungen war wesentlich eine „Brigade N'Hamedu“ beteiligt. Zunächst wurde in vielen Medien behauptet, diese Gruppe sei ein Zusammenschluss von eritreischen Oppositionsgruppen. Aber bei der Aufarbeitung der Ereignisse im hessischen Innenausschuss wurden andere Dinge bekannt.

Der FDP-Politiker Hahn teilte in einer Pressemitteilung mit, dass die Anmelderin der Gegendemons-

tration aus Äthiopien stammt. Hahn führte weiter aus, es handele sich bei den Gewalttätigen um Gruppen unter Führung der aus Tigray (Nord-äthiopien) stammenden „Brigade N'Hamedu“.

Aktuell unterstützt Eritrea die äthiopische Regierung beim Kampf gegen die „Volksbefreiungsfront von Tigray“, welche die Provinz Tigray von Äthiopien abspalten will. Während Äthiopien aktuell von China und Russland unterstützt wird, wird die „Volksbefreiungsfront“ von den USA unterstützt.

Äthiopien wird neues Mitglied der BRICS. Wie so häufig interessiert hierzulande die Wahrheit wenig, vor allem wenn sie dem selbstgerechten Bild vom Kampf Gut gegen Böse nicht entspricht.

Henning Mächerle

Werbung für den Widerstand



Sommerfest

Das anschließende Sommerfest zog viele Besucherinnen und Besucher an und war der Höhepunkt des Tages. Auch hier wurde viel geboten: ein großes kulinarisches Angebot, fünf verschiedene Diskussionsrunden, darunter eine durch Willi van Ooyen geleitete, spannende Runde, in der es um den Zusammenhang zwischen der Friedensfrage und der sozialen Frage ging. Livemusik und Singen am Lagerfeuer rundeten den erfolgreichen Tag ab.



Aktionstag

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) Hessen hat am 09.09. einen Aktionstag in Gießen als Auftakt der heißen Phase des Landtagswahlkampfes durchgeführt, der mit der Wahl am 08.10. seinen Abschluss finden wird.

In der Innenstadt und im Nordstadt-Viertel verteilten wir an großen Ständen mit vielen Plakaten und Transparenten Wahlkampfflyer und das „Gießener Echo“. Für Kinder gab es Luftballons und vorbeikommende Frauen freuten sich über rote Nelken, die ihnen angeboten wurden.

In regelmäßigen Abständen trugen Genossinnen und Genossen kämpferische Redebeiträge vor, in der Zwischenzeit liefen im Hintergrund Arbeiter- und Friedenslieder. Einen Eyecatcher stellten die drei Einkaufswagen dar, in denen „Lebensmittel-

pakete“ lagen. Sie standen symbolisch für die Preissteigerung in den Supermärkten. In den Wagen, die mit unterschiedlichen Jahreszahlen beschriftet waren, befanden sich jeweils Waren im Wert von 100 Euro. So wurde anschaulich: Für den gleichen Preis konnten im Jahr 2020 noch deutlich mehr Lebensmittel gekauft werden als im Jahr 2023.

Diese sichtbaren und hörbaren Aktionen sorgten für gute Gespräche, in denen mehr Menschen die DKP mit ihren klaren Standpunkten und Alternativen kennenlernten.



Jetzt ist die DKP in Hessen im Endspurt des Wahlkampfes, in dem es gilt, Widerstand gegen die Hochrüstung und die Kriegsgefahr zu mobilisieren und Menschen zu motivieren, sich aktiv gegen Preissteigerungen und Verarmung zu engagieren. Und das geht am besten auf der Straße!

Martina Lennartz

Es gibt keinen grünen Kapitalismus

Bei einer Fridays-for-Future-Demonstration am 15.9. forderten über 1.500 Menschen eine bessere Klimapolitik. In fast allen Reden kam zum Ausdruck, dass zur Beschränkung der Erderwärmung das kapitalistische System verändert werden muss – Kapitalismus kann ohne ständig steigenden Ressourcenverbrauch nicht existieren, grünen Kapitalismus gibt es nicht. Aus

dieser Erkenntnis ziehen allerdings die wenigsten Konsequenzen, manche glauben immer noch, die Wahl der Grünen sei eine Lösung. Bei dieser Demonstration gab es das erste Mal bei einer FFF-Demo in Gießen wirklich antikapitalistische, antifaschistische und internationalistische Sprechchöre. Die ARAG (Antifaschistische Revolutionäre Aktion Gießen) war mit einer größeren

Gruppe gekommen und sorgte in ihrem Block für die richtige Stimmung.



© Oliver Schepp, Gießener Allgemeine Zeitung, 15.09.2023

Dilemma des Schulsystems der BRD

Das Schulsystem in einer Klassengesellschaft wie der Bundesrepublik verfolgt immer zwei Ziele: Sicherung der Privilegien der herrschenden Klasse und Vermittlung von grundlegenden Qualifikationen, um sich auf dem Arbeitsmarkt verkaufen zu können.

Die westlichen kapitalistischen Staaten wurden 1957 geschockt, als die UdSSR es schaffte, den ersten Satelliten (Sputnik) in eine Umlaufbahn um die Erde zu bringen. Daraufhin sollte das Bildungssystem modernisiert werden. In der BRD dauerte es bis nach dem Mauerbau 1961, bevor eine ernsthafte Modernisierung durchgeführt wurde. Bis dahin hatte die DDR Fachkräfte für die BRD ausgebildet.

1964 prägte der Pädagoge

Georg Picht den Begriff von der „deutschen Bildungskatastrophe“. Die dadurch ausgelöste Diskussion führte zu zahlreichen Reformbemühungen, aus denen etwa 1970 der "Strukturplan für das deutsche Bildungs- und Erziehungswesen" und die "Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsfragen" entstanden. Aus dieser Debatte ging in den 1970er-Jahren die Einführung von Gesamtschulen in Schulversuchen hervor. Diese Bemühungen endeten bereits 1973. Die CDU-geführten Bundesländer bekämpften die Einführung der Gesamtschulen. Seit diesem Zeitpunkt entstand der heute vorherrschende bildungspolitische Flickenteppich, gekennzeichnet durch chronische Unterfinanzierung, Lehrermangel,

Vernachlässigung der Schulbauten und uneinheitliche Bildungspläne. Eine bundeseinheitliche Bildungsplanung existiert nicht, weil die „heilige Kuh“, die „Kultushoheit der Länder“, nicht geschlachtet werden darf.

Ein erster Schritt wäre die Umstellung des aktuellen Schulsystems. Das dreigliedrige System muss abgeschafft werden, an dessen Stelle muss eine ganztägige 12-jährige Gesamtschule treten. Das Budget des Schulsystems muss deutlich erhöht und die Klassengröße deutlich reduziert werden. Ab der 7. Klasse müssen alle Fächer in jedem Halbjahr unterrichtet werden, um eine umfassende Bildung zu ermöglichen.

Henning Mächerle

Lkw-Fahrer-Streik: Gibt es in der EU (k)ein Recht auf Lohn?

Seit vielen Wochen streiken auf einem Autobahnparkplatz in Südhessen Lkw-Fahrer aus osteuropäischen Ländern. Sie fordern von einem polnischen Spediteur ihren ausstehenden Lohn für mehrere Monate. Bei einem ähnlichen Streik vor einigen Monaten hatte derselbe Spediteur schließlich die Löhne überwiesen. Dieses Mal hat er stattdessen die Streikenden wegen Erpressung angezeigt.

Tatsächlich ermittelt der Staatsanwalt gegen die Fahrer – warum nicht gegen den Spediteur? In den letzten Jahren gab es viele Fälle, vor allem am Bau, bei denen Arbeitern der Lohn für

geleistete Arbeit vorenthalten wurde. Wahrscheinlich gibt es viel mehr

Fälle, als bekannt wurden, denn oft kennen die Arbeiter ihre Rechte nicht, trauen sich nicht an die Öffentlichkeit, oft haben sie keine schriftlichen Arbeitsverträge.

Noch nie hat man etwas davon gehört, dass gegen solche Unternehmer ermittelt wird oder dass sie bestraft wurden. Das Schlimmste, was den Lohnräubern passieren kann, ist, dass sie die Löhne nachzahlen müssen. Die EU prahlt immer mit ihren Werten und Regeln, ein staatlich garantiertes Recht auf Lohnzahlungen scheint aber nicht zu bestehen.

Gernot Linhart



Kernenergie war nur für den Export nötig

Seit der Abschaltung der drei letzten deutschen Kernkraftwerke behaupten Politiker von CDU, FDP und AfD immer wieder, deswegen müsste Deutschland Atomstrom aus Frankreich einführen. Das ist eine Lüge. Deutschland exportiert seit Jahrzehnten mehr Strom als es importiert. 2022 betrug der Import 36 Terawattstunden, der Export aber 62 Terawattstunden. An

der Differenz, die etwa der Jahresproduktion der drei Kernkraftwerke entspricht, verdienten die Energiekonzerne fast 3 Mrd. Euro. In den Wochen nach der Abschaltung wurde kurzzeitig mehr Strom importiert als exportiert, was an der notwendigen Umstellung der Leitungskapazitäten lag. Die in Deutschland ständig verfügbare Kraftwerksleistung beträgt etwa 100 Gigawatt, zusätz-

lich 9 Gigawatt aus Pumpspeichern, dazu kommt die variable Leistung von 70 Gigawatt Solarstrom und 58 Gigawatt Windstrom. Benötigt werden 70 Gigawatt tagsüber, 45 Gigawatt nachts. Der höchste jemals gemessene Bedarf betrug 81 Gigawatt im November 2019.

(Quelle: Wochenzeitung Freitag vom 14.9.23)

Gernot Linhart

Protest gegen Klinikschließungen

Am 10.09. demonstrierten in sieben deutschen Großstädten, auch Frankfurt, tausende Klinikbeschäftigte gegen die von Gesundheitsminister Lauterbach geplante Schließung von Krankenhäusern, die durch drohende Insolvenz von dringend notwendigen Kliniken verschlimmert wird. Die Pläne der vom Gesundheitsministerium eingesetzten „Kommission für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenversorgung“ sehen die Schließung von einem Drittel der vorhandenen 1.800 Häuser vor. Einige hundert weitere sollen ihre Tätigkeit auf einfache Fälle beschränken.

Fast alle deutschen Krankenhäuser sind in finanziellen Schwierigkeiten, da ihre Kosten durch die politisch verursachte Inflation stark gestiegen sind, ihre Einnahmen aufgrund fester Fallpauschalen aber

nicht. Für den notwendigen Inflationsausgleich will sich Lauterbach nicht einsetzen. Im Bundeshaushalt wird in allen Ressorts, außer bei der Rüstung und der Finanzierung des Kriegs in der Ukraine, massiv gekürzt. Das Gesundheitsministerium gehört zu den am stärksten betroffenen Bereichen.

Ein Problem für die Krankenhäuser ist die Weigerung der Bundesländer, Investitionen ausreichend zu finanzieren. Gesetzlich sind die Länder verpflichtet, alle Investitionen für die stationäre Krankenversorgung zu bezahlen – was sie jedoch seit Jahrzehnten unterlassen. Die Kliniken müssen

die Anschaffung von Großgeräten, Renovierungen und Neubauten von dem Geld bezahlen, das sie für die Krankenversorgung bekommen. Im benachbarten Vogelsbergkreis z. B. würde dringend ein neues Kreiskrankenhaus gebraucht, geschätzte Kosten 85 Mio. Euro. Das Land stellt sich stur und weigert sich, den notwendigen Betrag in den Haushalt einzustellen. Wahrscheinlich will die CDU/Grüne-Regierung den profitorientierten privaten Klinikkonzernen eine weitere Großklinik zuschustern.

Profit mit der Krankenversorgung – damit muss endlich Schluss sein!

Gernot Linhart



Klimakonferenz in Nairobi

Das häufigste Argument von Menschen, die Maßnahmen zur Verringerung des CO₂-Ausstoßes ablehnen, ist die Behauptung, kein anderes Land täte so viel wie Deutschland, hier gäbe es eine Klima-Hysterie. Das Gegenteil ist wahr. Auf internationalen Klimakonferenzen haben sich fast alle Länder zu entsprechenden Maßnahmen verpflichtet. Viele Staaten kommen ihren eingegangenen Verpflichtungen besser nach als Deutschland. Auch Länder, die pro Kopf viel weniger CO₂ produzieren als Deutschland, strengen sich an, ihren Ausstoß trotz wirtschaftlicher Entwicklung nicht zu erhöhen. Die VR China hat weltweit die höchste installierte Leistung für Strom aus Solar- und Windenergie, außerdem

gibt es dort ein gigantisches Aufforstungsprogramm, bei dem zigmillionen von Bäumen gepflanzt werden.

Auch afrikanische Länder, die pro Kopf nur einen winzigen Bruchteil des in Industrieländern anfallenden CO₂ erzeugen, kommen ihren Verpflichtungen nach. Afrika ist der Kontinent, der am stärksten unter der von anderen Staaten verursachten Erderwärmung leidet. Die Organisation Afrikanischer Staaten organisierte Anfang September eine Klimakonferenz in Nairobi. Auf ihrem Kontinent gibt es viele Möglichkeiten zur Erzeugung klimaneutraler Energie. Neben Sonne, Wind und Wasser gibt es aufgrund geologischer Gegebenheiten (Ostafrikanischer Grabenbruch) gute Voraussetzungen zur Nutzung von Erdwärme.

Den Staaten fehlt aber das Kapital für Investitionen in die notwendigen Technologien. Sie sind zu Recht misstrauisch gegenüber Versprechungen der ehemaligen Kolonialherren. Bei der Weltklimakonferenz 2020 wurden ihnen 100 Mrd. Dollar Investitionen versprochen – allerdings vorwiegend als private Geldanlagen. Eine neue Bevormundung durch die Industriestaaten lehnen die afrikanischen Regierungen strikt ab. In Nairobi verhandelten sie darüber, wie sie ihr Potenzial zur Erzeugung klimafreundlicher Energie zu ihrem eigenen Vorteil nutzen können, wie sie gemeinsam auftreten und wie sie sich am besten auf die nächste Weltklimakonferenz in Dubai vorbereiten.

Gernot Linhart

Gießener Echo

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP Gießen; verantw.: Gernot Linhart, erscheint monatlich.

Bezugsgebühren: 30 Euro im Jahr (inkl. Versandkosten).

Konto: IBAN: DE72 5135 0025 0200 5491 46

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionskollektivs des Gießener Echos wieder.

Rückmeldungen + Leserbriefe an: Gießener Echo, Postfach 110340, 35348 Gießen oder E-Mail: giessen@dkp.de

Internet: www.giessen.dkp.de

Bitte Abogebühren bezahlen!

Da die Druckkosten um über 30% gestiegen sind, benötigen wir bitte dringend Spenden, um das Echo weiter in gleicher Qualität und Umfang herstellen zu können.



Termine

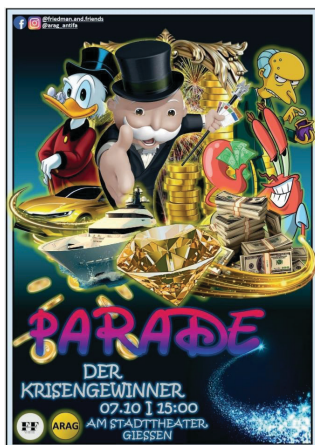
Fragen oder Anmeldungen an
giessen@dkp.de

Sa. 7.10. ab 10:30 Uhr:

Kundgebung / Infostand DKP GI,
Seltersweg vor TK Maxx

Sa. 7.10. um 15 Uhr:

Parade der Krisengewinner,
am Stadttheater Gießen,
Veranstalter: ARAG



Do. 12.10. um 19 Uhr:

Gruppenabend / MV DKP GI,
Winchester-Zi., Kongresshalle

Mo. 16.10. um 19 Uhr:

Kai Degenhardt, Chamäleon
(siehe unten)

Do. 19.10. um 18 Uhr:

Bildungsabend der DKP,
Ederstr. 16

Fr. 20.10. ab 19 Uhr:

Stammtisch DKP GI, Chamäleon

Mi. 25.10.:

Redaktionsschluss Nov.-Echo

Do. 9.11. ab 18 Uhr:

Demonstration und Gedenken
an die Reichspogromnacht
9.11.1938, Berliner Platz /
Rathaus

Aus 50 Jahren Gießener Echo

Vor **50 Jahren** berichtete das Echo über eine Vertrauensleutekonferenz der IG Metall Mittelhessen. 400 Betriebsräte, Jugendvertreter und Vertrauensleute berieten darüber, wie ein Inflationsausgleich erkämpft werden kann. Sie forderten die Bezirksleitung der IG Metall auf, die Tarifverträge zum 31.12.1973 zu kündigen, und beschlossen außerdem Forderungen an die Bundesregierung, durch Erhöhung verschiedener Freibeträge die Steuerlast für Arbeiter und Angestellte zu verringern.

Vor **40 Jahren** kündigten fast alle Gießener Metallbetriebe (Minox, Bänniger, Heyligenstaedt) Kurzarbeit an. Als Reaktion darauf forderten die Belegschaften die IG Metall auf, den Kampf um die 35-Stunden-Woche zu verstärken.

Vor **30 Jahren** besetzten Wohnungslose eine Bauschuttdeponie im Leihgesterner Weg gegenüber vom Unterhof. Die Fläche gehörte der Universität und sollte laut Flächennutzungsplan für biologische Versuche genutzt werden. Die Besetzer machten aus dem Gelände ein kleines Wohnwagendorf, das sie „Wagenstein“ nannten. Die Universitätsleitung und der grüne Baudezernent Dammann forderten die unverzügliche Räumung. Die Fraktionsvorsitzende der Grünen (und spätere Bürgermeisterin) Karin Hagemann plädierte für eine unbefristete Duldung, wobei sie zugleich auch für die Räumung des Bauwagenplatzes "Schlangenzahl" verantwortlich war. Auf dem Gelände leben immer noch einige Menschen in Bauwagen.

Vor **20 Jahren** verhinderte der CDU-Stadtrat Rausch ein Bürgerbegehren „Drei reichen“, bei dem es

um die Beschränkung des hauptamtlichen Magistrats auf drei Stellen ging. Von den abgegebenen 5879 Unterschriften wurden nach 10-wöchiger Prüfung 13% als ungültig erklärt, mehr als doppelt so viel als normalerweise bei Unterschriftensammlungen.

Vor **10 Jahren** konnte die NPD unter starkem Polizeischutz eine Kundgebung abhalten. Die 500 Gegendemonstranten durften sich nur in großer Entfernung versammeln. Nazi-Zusammenrottungen können sich immer auf Schutz durch die Polizei verlassen, obwohl dort in der Regel verbotene Losungen gebrüllt und Gegnern mit Gewalt gedroht werden. Bei Kultur- und Musikveranstaltungen von Eritreern sieht das anders aus. Dort droht denen, die sich friedlich treffen, ein Verbot, weil die Polizei angeblich nicht in der Lage ist, sie vor gewalttätigen Gegendemonstranten zu schützen.

Gernot Linhart

**Wer den
Reichen
nichts nimmt,
kann den
Armen
nichts geben.**

Also **Kommunisten wählen!**
DKP

**bei der
Landtagswahl am
8. Oktober 2023**



Kai Degenhardt in Marburg und Gießen

Degenhardt spielt und singt die Lieder aus der Geschichte der Arbeiterbewegung – ergänzt durch Erzählungen zu ihrer Entstehung und den politischen Kämpfen dahinter. Durch das Einbeziehen der jüngeren Tradition des Liederschaffens und das Einordnen des überstra-

pazierten, triumphalistischen Pathos in seinen historischen Kontext, entrümpelt er das „gute, alte Arbeiterlied“ und macht es wieder tauglich und nützlich – für die ohne Zweifel anstehenden und mehr als notwendigen Arbeitskämpfe von heute und morgen.

**So. 15.10. um 11 Uhr: Waggonhalle, Rudolf-Bultmann-Straße 2a,
Marburg**

Mo. 16.10. um 19 Uhr: Chamäleon, Reichensand 9, Gießen